Morgen-Ausgabe Nr. 237 Sonnabend, 21. Mai 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 3.20; Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens u. Abendausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Unerhörte Ausschreitungen tschechischer Chauvinisten

Tschechisches Militär gegen Sudetendeutsche

Hundert Volksgenossen durch Bajonettstiche verletzt

Prag, 20. Mai.

In der Tschechoslowakei kam es am Freitag zu Ausschreitungen gegen Sudetendeutsche, die alle bisherigen Zwischenfälle der letzten Zeit übertreffen. So ging in Komotau ohne allen Grund tschechisches Militär mit gefälltem Bajonett gegen die wehrlose Bevölkerung vor, wobei rund hundert Personen durch Stiche verletzt wurden. In Chodau, einer ebenfalls rein deutschen Stadt, bedrohte die Polizei die Einwohnerschaft aus nichtigem Grund mit der Schußwaffe, so daß in der Stadt eine ungeheure Erregung herrscht.

Am Freitagnachmittag berief der Bezirkshauptmann von Komotau in Nordwestböhmen die Spitzen der Sicherheitsbehörden und den Abgeordneten Nemetz der Sudetendeutschen Partei in sein Amt, um angesichts der kritischen Stimmung unter der Bevölkerung alle Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu treffen.

Bis 8,30 Uhr abends war alles vollkommen ruhig. Plötzlich bemerkte man, wie aus den Seitengassen zahlreiches dienstfreies Militär auf den Marktplatz strömte. Wie auf ein Kommando stürzten sich plötzlich die Soldaten, ohne daß jemand von der deutschen Bevölkerung auch nur den geringsten Anlaß gegeben hätte, auf die Ahnungslosen und hieben mit den Fäusten und Bajonetten auf sie ein. Die Deutschen wandten sich an die zahlreich patrouillierende Staatspolizei um Hilfe. Unter dem Kommando eines Anführers hieben inzwischen die Soldaten weiter auf die Bevölkerung ein.

Abgeordneter Nemetz, der sofort gerufen wurde, ersuchte die Staatspolizei, nachdem fast nur mehr Soldaten auf dem Marktplatz waren, um Feststellung des Anführers und seiner Komplicen. Trotzdem sah die Polizei zu, ohne einzuschreiten, als sich die Soldaten gegen den Abgeordneten Nemetz wandten und auch ihn tätlich angingen. Zahlreiche Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt und in das Krankenhaus, das Sanatorium und in die Jahn-Turnhalle gebracht.

Schließlich erschien ein großes Gendarmerieaufgebot, das unter dem Kommando eines energisch einschreitenden Majors die Soldaten in die Kaserne trieb. Zur Stunde werden sie dort zurückgehalten.

Abgeordneter Nemetz hat an den Prager Innenminister eine Drahtung gerichtet, in der er den Vorgang und die grundlosen Ueberfälle auf die Bevölkerung durch Militärpersonen schildert und die sofortige Kasernierung des Militärs fordert.

Im ganzen dürften etwa 100 Personen mehr oder minder schwer verletzt sein. In der Jahn-Turnhalle sind mehrere durch Bajonettstiche Verletzte untergebracht. Ihre Verletzungen werden protokollarisch festgehalten.

Tschechische Polizei schießt auf Sudetendeutsche

Schwere Zwischenfälle in Chodau - Gewaltige Erregung der Bevölkerung

Prag, 20. Mai.

In der sudetendeutschen Industriestadt Chodau bei Karlsbad kam es am Freitag zu schweren Zusammenstößen zwischen Gendarmen und der deutschen Bevölkerung.

Tschechische Gendarmen aus Chodau hatten am Donnerstag zwei junge deutsche Turner verhaftet, weil sie deutsche Heimatlieder gesungen hatten. Eine Abordnung der deutschen Einwohnerschaft von Chodau erschien am Freitagmorgen beim Gendarmeriekommando, um die Freilassung der beiden Turner zu erwirken. Die Abordnung wurde von den Gendarmen in brüskier Art zurückgewiesen, bedroht und zum Verlassen des Gebäudes gezwungen.

Der Bevölkerung von Chodau bemächtigte sich daraufhin eine ungeheure Erregung. Die tschechische Gendarmerie, die die Nerven völlig verloren hatte, ging mit Schußwaffe und gezogenem Säbel gegen deutsche Straßenpassanten vor. Als ein Gendarm auf die Straßenpassanten zu schießen begann und auch die anderen Gendarmen ihre Gewehre und Revolver schußbereit machten, erreichte die Erregung ihren Höhepunkt. Die Kaufleute von Chodau schlossen entsetzt ihre Geschäfte und ließen die Rolläden herunter. In den Betrieben wurde die Arbeit eingestellt, und es sammelten sich große Gruppen empörter Einwohner in den Straßen der rein deutschen Stadt.

Die Tatsache von der Terrorisierung der Einwohner von Chodau durch tschechische Gendarmen löste auch in den Nachbarorten Neusattel und Falkenau große Empörung aus. Die Bevölkerung schloß sich ebenfalls der Aktion der deutschen Einwohnerschaft von Chodau an und legte die Arbeit nieder. Den Amtswaltern und Ordnern der Sudetendeutschen Partei gelang es schließlich durch Appelle an die sprichwörtliche Disziplin der Sudetendeutschen, die Menge zu beruhigen und zur Räumung der Straßen zu veranlassen, auf denen in den späten Abendstunden immer noch tschechische Gendarmen mit schußbereiten Gewehren patrouillierten.

Tschechische Chauvinisten und Marxisten Hand in Hand

Henlein lehnt jede Mitarbeit am Nationalitätenstatut vorläufig ab

Prag, 20. Mai.

Der Politische Ausschuß der Sudetendeutschen Partei ist am Freitag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten und hat angesichts der neuen Zwischenfälle erklärt, so lange jede Mitarbeit an dem von der Prager Regierung geplanten Nationalitätenstatut ablehnen zu müssen, als nicht Ruhe und Ordnung hergestellt und die verfassungsmäßigen Rechte auch für die Sudetendeutschen garantiert sind.

Wie das Pressеamt der Sudetendeutschen Partei im einzelnen mitteilt, berichteten in der Ausschußsitzung die Vertreter der Organisationsgliederungen der Sudetendeutschen Partei über die Lage im sudetendeutschen Siedlungsgebiet. Die Zusammenfassung der Berichte ergibt, daß Sozialisten und Kommunisten und tschechische Elemente sich verbinden und das Sudetendeutschtum auf das unerhörteste provozieren und angreifen, so daß selbst Sicherheit und Leben des einzelnen Sudetendeutschen gefährdet sind.

Es wurden Protokolle vorgelegt, die beweisen, daß eine aufgehetzte Menge in Prag und Brünn geradezu eine Menschenjagd auf Deutsche veranstaltet, daß die Sicherheitsorgane ihre Pflicht nicht erfüllt haben und es selbst parlamentarischen Vertretern unmöglich gemacht wurde, sich der Angefallenen anzunehmen. Ungehindert kann die Wahlpropaganda der Tschechen, marxistischen und kommunistischen Partei mit Hetzparolen gegen das Deutschtum, gegen die Sudetendeutsche Partei und Konrad Henlein agitieren.

Der Politische Ausschuß stellt fest, daß Dr. Hodza bereits von einer Abordnung auf den Ernst der Lage und die gefährlichen Folgen einer planmäßigen Wühlarbeit hingewiesen worden ist.

Der Ausschuß hat beschlossen, dem Ministerpräsidenten Dr. Hodza mitzuteilen, daß die Sudetendeutsche Partei nicht in der Lage wäre, die Besprechungen über das Nationalitätenstatut der Regierung aufzunehmen, solange nicht Ruhe und Ordnung im sudetendeutschen Gebiet und überall die primitivsten verfassungsmäßigen Rechte der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit des Sudetendeutschtums garantiert sind.

Alle Organisationsstellen, Amtswalter und Mitglieder der Sudetendeutschen Partei werden nochmals nachdrücklichst aufgefordert, unbedingt Kaltblütigkeit zu bewahren. Der Politische Ausschuß hält sich für verpflichtet, die verantwortlichen Stellen darauf aufmerksam zu machen, daß die Parteiführung nicht in der Lage ist, den einzelnen deutschen Volksgenossen abzuhalten, von dem Recht auf Notwehr Gebrauch zu machen, falls den gegen das Sudetendeutschtum gerichteten Provokationen kein Ende gesetzt wird.

Die Tschechen tragen die Schuld

Die innerpolitische Lage der Tschechoslowakei spitzt sich in einer Weise zu, die aufmerksame Beobachtung erfordert. Die Ursachen sind bekannt: Nach siebenjähriger Pause finden in den Gemeinden des sudetendeutschen wie des tschechischen Staatsgebietes zum erstenmal wieder Wahlen statt. Diese an sich rein örtliche, verwaltungsmäßige Angelegenheit wird durch gewissenlose Hetzer, die sowohl im tschechischen wie im marxistischen Lager zu Hause sind, zu einem hochpolitischen Ereignis umgewertet, dessen Hintergründe und Triebfedern unser ständiger Mitarbeiter in Prag an anderer Stelle ausführlich aufzeigt.

Für die politische Erregung in der Tschechoslowakei tragen aber auch noch andere Umstände bei. Seit einigen Monaten steht der Prager Nationalitätenstaat im Mittelpunkt des politischen Interesses der Welt. Durch verschiedene Vorkommnisse, nicht zuletzt durch das Beispiel Oesterreich, hat man erkannt, daß sich unterdrücktes deutsches Volkstum nicht auf die Dauer knebeln läßt. Die Sudetendeutschen selbst haben laut ihre Stimme erhoben und mit der Durchschlagskraft ihrer Einmütigkeit ihre berechtigten Forderungen verkündet. Diese Forderungen wollen nichts anderes als die Erfüllung dessen, was der deutschen Volksgruppe bei ihrer gewaltsamen Einverleibung in den neugegründeten Staat von den Tschechen versprochen und von den Siegermächten garantiert worden ist. Sie beziehen sich vor allem auf die Autonomie, die Erhaltung des nationalen Besitzstandes und die Wiedergutmachung der in den vergangenen 20 Jahren begangenen Schäden. Diese Forderungen sind von maßgebenden Stellen des Auslandes, insbesondere in England, als berechtigt anerkannt worden und durch einen diplomatischen Schritt des englischen und des französischen Gesandten in Prag unterstützt worden; die Prager Regierung ist verpflichtet worden, bis an die äußerste Grenze des möglichen zu gehen. Das tschechische Volk aber glaubt, den seiner Regierung gegebenen freundschaftlichen Rat als beleidigenden Eingriff in die Souveränität seines Staates ablehnen zu müssen. Die Tschechen fahren fort, das Sudetendeutschtum zu quälen, ja sie tragen ihre Angriffe nur um so härter und grausamer vor, wohl um damit sich selbst und dem Ausland zu beweisen, daß sie und eben nur sie die Herren im Lande sind. Täglich ereignen sich neue Zwischenfälle, und es hieße nur, eine grausige Bilanz des Terrors und der Unduldsamkeit zu ziehen, wollte man diese durch nichts gerechtfertigten tschechischen Uebergriffe noch einmal einzeln aufzählen. Die Wundmale, die man den Sudetendeutschen schlägt, sind auch in unsere Seelen eingebrannt, und jeder Hieb, der drüben, jenseits der nahen Staatsgrenze, einem deutschen Bruder versetzt wird, trifft uns wie an eigenen Leibe.

Die Prager Regierung hat mehrfach Abhilfe dieses nachgerade unhaltbaren Zustandes versprochen. Sie hat ihre Amtsstellen angewiesen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und jeden Unruhestifter, woher er auch stammen mag, seiner Strafe zuzuführen. Die Prager Regierung glaubt damit ihre Pflicht getan zu haben. In Wirklichkeit genügen ihre Ermahnungen für den Fieberzustand, in dem sich das ganze Land befindet, in keiner Weise. Sie werden denn auch nirgends befolgt. Was schlimmer ist: man hat den bestimmten Eindruck, daß die Anordnungen der Regierung absichtlich umgangen werden und daß die Regierung auch keineswegs darauf dringt, daß ihre wohl nur platonisch gemeinten und um des besseren Aussehens willen erteilten „Ratschläge" in die Tat umgesetzt werden. Wie wäre es sonst zu erklären, daß sich die tschechoslowakische Polizei durchaus parteiisch verhält, daß sie stets auf der Seite der Tschechen steht, ja womöglich noch das Stichwort zum Losschlagen gibt oder selbst den ersten Hieb führt? Wie wäre es sonst denkbar, daß selbst tschechisches Militär in der rohesten Weise unschuldige deutsche Männer, Frauen und Kinder mit gezücktem Bajonett überfällt? Erst kürzlich veröffentlichten wir eine lange Liste solcher trauriger „Ruhmestaten" tschechischer Soldateska, und nun setzen die Zwischenfälle von Komotau allem bisher Dagewesenen die Krone auf. Daß dabei schließlich die berüchtigten tschechischen „Grenzler" die Fäuste nicht in den Schoß legen, wenn es zu zeigen gilt, wer der Herr im tschechischen Hause ist, versteht sich nach den Erfahrungen zweier Jahrzehnte von selbst.

Doch damit genug der Erklärungen! Wir können uns keinesfalls mit ihnen begnügen. Als Angehörige der deutschen Nation, der größten Volkes in Europa, erheben wir vielmehr feierlich und energisch Einspruch gegen diesen Terror, nicht nur, weil es sich um Menschen unseres Blutes und unserer Sprache handelt, die davon betroffen werden, sondern weil wir der Ueberzeugung sind, daß die Zustände, die gegenwärtig in unserem Nachbarstaat eingerissen sind, für das gesamte europäische Ansehen unerträglich sind. Mit Stolz können wir dabei darauf hinweisen daß unsere Volksgenossen jenseits der Grenze ihrerseits alles nur Menschenmögliche tun, um die Lage nicht